

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)**

258 (3.11.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-555334](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-555334)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22, Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 23, Fernsprecher 580.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und feierlichen Festtagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat 25 Pf., für drei Monate 75 Pf., bei Selbstabholung 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 Mk., für zwei Monate 1.60 Mk., monatlich 75 Pf., einschließlich Postgebühren.

— Mit —  
Sonntagsbeilage.

Insertate die letzte Spalte der Zeitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Württemberg, Baden u. Umgegend, sowie der Pfälzer 15 Pf., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unerschütterlich. — Rückzahlung 60 Pf.

3. Jahrgang.

Küstringen, Freitag den 3. November 1911.

Nr. 258.

## Schutz der nationalen — Heimarbeit.

Wenige Tage nach dem Wiederauftreten des Reichstages soll die dritte Lesung des Heimarbeitgesetzes stattfinden. Sie wird ein interessantes Gegenstück zu den vierjährigen ergebnislosen Debatten, die das Parlament eben erst über die Teuerung und die Mittel ihrer Bekämpfung geführt hat.

„Schutz der nationalen Arbeit“, „Aufrechterhaltung der bewährten Wirtschaftspolitik“ lautete dort die Parole der Führer, die dem Volke die Lebensmittel verteuern. Die Mittel der Abhilfe werden energisch abgelehnt. Reue und Wehmut bekant sich mehr oder weniger zu der brutalen Auffassung des Deutschen Landwirtschaftsrates: die Erhöhung der Lebensmittelpreise müsse ein Akt ungleicher sozialer Gerechtigkeit von den Arbeitern im Interesse der schwer bedrückten Landwirtschaft getragen werden.

Und nun kommen die Heimarbeiter, um ihren Anteil am Schutz der nationalen Arbeit zu fordern, um ihren Anspruch auf einen „Akt ausgeglichener sozialer Gerechtigkeit“ geltend zu machen. Nun kommen sie und fordern als Gegenleistung für die steigenden Preise der Lebensmittel Abstände und amtliche Festsetzung von Mindestlöhnen. Wie wird sich der Reichstag, der die bedrückte Landwirtschaft ein so warmes Herz hat, ihren Forderungen stellen?

Einmal „leben tiefe Besorgenswerten Stand“ nannte der Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch auf dem ersten deutschen Heimarbeitertag den Stand der heimischen Heimarbeit. Nur mit Grauen kann man daran denken was für diesen Stand das häßliche Steigen aller Preise bedeutet! In schon bei normalen Zeiten Lieberlichkeit und Unterernährung der gegebenen Zustand, in dem das Leben des deutschen Heimarbeiters — vom armen Arbeiter bis zum feinen Stützmann hin — bedeutet die Zeit der Teuerung für diesen Unglücklichen eine Zeit des Hungers in seiner nächsten, grausamen Beklemmung! Wie weit sind wir noch von den englischen Verhältnissen entfernt, die einst Friedrich List beschrieb, da er die Studie der sächsischen Heimarbeit der Herrin an der Schür von der Decke herunterhing und die Familienangehörigen die Kartoffeln, die ihre einzige Nahrung bildeten, an ihm rieben, um ihren Geschmack zu verbessern? Was trennt uns noch von den Zuständen, die der Dichter Heine Hauptmann in seinem berühmten Weiberdrama „Kathchen“ hat? Jahrzehnte hind vergangen, das Deutsche Volk ist entstanden, fabelhafte Reichtümer wurden aufgehoben, aber an der Lage des „leben tiefe Besorgenswerten Standes“ hat sich so gut wie nichts geändert. „Die Kartoffeln steigen!“ Der Ruf klingt jetzt fort von den Hüften, von der Kellerwohnung zur Dachkammer und die ganze Frage zittert nach: „Was soll nun aus uns werden?“

In diesem Augenblick sind der Deutsche Reichstag und die verbündeten Regierungen berufen, ihr Urteil über das Schicksal des Heimarbeitgesetzes zu fällen. In diesem Augenblick tritt die bloße Schor Hunderttausender ehrlich arbeitender, schwerbedrückter Staatsbürger vor die Gesetzgeber und fordert Hilfe. Das Heimarbeitgesetz ist nichts ohne die Lohnämter, nichts ohne die gesetzlich geordnete Möglichkeit durch amtliche Festsetzung von Mindestlöhnen demgemäß die grauenhaftesten Stellen dieses Elendsumpfes zu legen! Die Reichsregierung garantiert den Heimarbeitern durch Vollzahlung hohe Preise für ihre Produkte. Nun mag sie auch der bedrücktesten Arbeiterfamilie Lohn garantieren, die dazu ausreichen, den Hungergeheimnis von der Schwelle ihrer elenden Behausung fernzuhalten!

Das Heimarbeitgesetz, wie es dem Reichstag L. J. 1907 vorgelegt wurde, und in der Hauptsache unverändert aus der Kommission hervorgeht, ist ein sogenanntes Wahlengesetz, das nur die äußere Umfassung der Bestimmungen gibt, die von den Verwaltungsbehörden zur Abstellung der schlimmsten Mängel in der Hausindustrie erlassen werden können. Die Behörden werden ermächtigt, Gesetze für Leben und Sittlichkeit einzuführen, Anordnungen für genügende Beleuchtung und Ventilation der Arbeitsräume zu treffen. Arbeiterarbeit ganz oder für die Sonntage zu verbieten oder Bausen für sie anzuerkennen; sie können im Interesse der Konsumenten Vorschriften erlassen über die Gestaltung der Werkstätten und Lagerräume erlassen und so weiter. Wunden ist nur die Verpflichtung der Arbeitgeber festgelegt, Lohnverzeichnisse anzuhängen und diesen ihrer Lohnlisten zu fügen. Alles übrige ist in dem Ermessen der Verwaltungsbehörden gestellt.

Ein solches Gesetz ist so gut wie wertlos. Denn der Kern der Heimarbeitfrage ist die Lohnfrage. Wie will man Kinderarbeit verbieten, wenn die Ermadhsten nicht genug verdienen, um die Kinder ernähren zu können. Wie will man Werkstattdräume, die zugleich Wohnräume sind, verbessern, wenn man nicht dem Arbeiter die Mittel schafft, seine häßlichkeit besser einzurichten? „Vor allen Dingen muß das Lohnproblem gelöst werden“, sagte Prof. Franke auf dem letzten Heimarbeitertag. „Ist das gelöst, dann ergibt sich die Lösung der anderen Fragen ohne besondere Schwierigkeit!“ Und Prof. Wilbrandt führte aus:

Der Kern der Heimarbeitfrage ist die Lohnfrage. Wie will man Kinderarbeit verbieten, wenn die Ermadhsten nicht genug verdienen, um die Kinder ernähren zu können. Wie will man Werkstattdräume, die zugleich Wohnräume sind, verbessern, wenn man nicht dem Arbeiter die Mittel schafft, seine häßlichkeit besser einzurichten? „Vor allen Dingen muß das Lohnproblem gelöst werden“, sagte Prof. Franke auf dem letzten Heimarbeitertag. „Ist das gelöst, dann ergibt sich die Lösung der anderen Fragen ohne besondere Schwierigkeit!“ Und Prof. Wilbrandt führte aus:

Das große Gebot der Heimarbeit wird auch heute noch beherrscht von der Tendenz der sinkenden Löhne, hier waltet noch das eberne Lohngesetz. Höhere Löhne sind der beste Heimarbeiterschutz und die beste Gewerbehygiene. An hoher Stelle ist gesagt worden, daß eine gesetzliche Lohnregulierung unmöglich sei. Nun, die englische Kolonie Victoria beweist schon seit vielen Jahren das Gegenteil, und das englische Mutterland ist seit 1909 auf diesem Wege gefolgt. Wir sollten nicht immer ein Menschenalter hinter England herhinken!

Der Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch sagte schließlich das Ergebnis der Beratung dahin zusammen:

Referat und Diskussion haben den Beweis erbracht, daß sich die ganze Versammlung der Ueberzeugung ist, daß die Lohnfrage der Kernpunkt der Lösung der Heimarbeitfrage bedeutet und daß jeder Gelegenheit, der die Lohnfrage nicht berührt, nur ein Bruchteil der Lösung der Frage sein werde. Die Kenntnis der Verhältnisse in der Heimarbeit haben das öffentliche Gewissen wachgerufen. Wenn bei der Regierung und bei den politischen Parteien hierüber kein Zweifel besteht und trotzdem der Gelegenheit die Frage nicht regelt, so liegt das daran, daß ursprüngliche Bedenken vorhanden sind gegenüber der Lohnregulierung. Einmal will man seinen Sprung ins Dunkle machen, man weiß nicht, wie die Wirkung auf die Exportindustrie und auch auf gewisse Schichten der Heimarbeit selbst sein würde. Aber die deutsche Gesetzgebung darf sich nicht immer vor einem Sprung ins Dunkle fürchten. Das Dunkel über die Wirkung der Mindestlöhne ist lange nicht so groß, wie es bei der Schaffung der Sozialgesetze war. Nachdem die englische Gesetzgebung es gewagt hat, eine Regelung der Mindestlöhne in der Heimarbeit in vorläufiger und mäßiger Weise einzuführen, so können wir ruhig diesem Beispiele folgen.

Wenn sich schon gemäßigtere bürgerliche Sozialpolitiker mit solcher Entschiedenheit für die Einführung der Lohnämter einsetzen, so ist es nur selbstverständlich, daß die Vertreter der Heimarbeitersinteressen im Reichstage, die sozialdemokratischen Abgeordneten, diese Forderung mit noch viel größerer Schärfe vorsetzen.

Über die Regierungen leisten dieser notwendigen Forderung der Reichsregierung geradezu fanatischen Widerstand, und bei der zweiten Lesung des Gesetzes in der Kommission sind die in erster Lesung beschlossenen Lohnämter mit Stimmengleichheit gefallen!

Was wird nun die dritte Lesung bringen? Wird die Mehrheit des Reichstages, nachdem sie den Vorschlag der Protokollkommission sorglich geprüft, die Kernisten und Gläubigen dem Hunger preisgeben? Wird sie es wagen, nach so wohlbrachter Tot mit der Parole „Schutz der nationalen Arbeit!“ Aufrechterhaltung der bewährten Wirtschaftspolitik!“ in die Wahlen zu geben? Dann mag es ihren Kandidaten leicht vorkommen, daß ihnen aus tausend Wählerparlamenten die Worte der alten Weiberlieder entgegenklingen:

Ihr Säurken all, ihr Satonsbrut!  
Ihr häßlichen Dämonen!  
Ihr freßt der Armen Sab und Gut,  
Und blutet Euch zum Lohne!

Werden sie es wirklich wagen? Dann werden Millionen Gewissen wachgerufen werden, Millionen Herzen werden in Empörung höher schlagen, und in Millionen Köpfen wird sich die Ueberzeugung festigen, daß es nur einen Weg der Rettung gibt aus dem unerträglichen Druck des Elends, über die siegreich erstiegenen Wälle kapitalistischer Klassenherrschaft in eine neue bessere Zeit, in die mit sozialistischem Geiste durchdrückten Reichsverfassung, wo auch den Armen und „Glenden“ ihr Recht werden wird, zum Wohle der Gesamtheit.

## Politische Rundschau.

Küstringen, 2. November.

### Die weltpolitische Wahlparole.

Nach am Grabe des Reichstages pflanzt die rechtsnationalistische „Magdeburger Zeitung“ die Fahne der Hoffnung auf. Die Marokko-Interpellation im Reichstag soll den Nationalliberalen den Anlaß bieten, sich als Männer der Weltpolitik aufzuführen, dem Reichstagsler eine weltpolitische Wahlparole aufzubringen, denn so verfährt das in alldemokratische Verfassung getraute Volk:

Geht doch draußen im Lande in die feinsten Dörfer und fragt umher in den Versammlungen des schlichten Volkes — überall werdet Ihr den einen Grundton wiederhören hören: Entweder wir lassen eine so starke Flotte, daß uns „so etwas“ nicht wieder passieren kann (wenn die Welt weiß, daß wir entschlossen sind, sie im Notfall auch zu gebrauchen!), oder wir verzichten, lassen uns alle Opfer und — verschauern unsere Flotte an England!

Das Marokko-Abkommen ist zwar noch nicht bekannt, aber der „Magdeburger Zeitung“ schwant nichts Gutes, deshalb phantasiert sie:

Und wäre Ribblesden der Mann, als den wir die nationale Kreise ihn einst begrüßen zu können glücken — er wäre offen vor den Reichstag hin und würde bekennen: Ja, ich habe mich geirrt; ich habe einen Schritt gewagt, dessen Konsequenzen ich nicht ziehen konnte, aber die Welt wird werden mühte, ob die verfügbaren Nachmittage zureichend sein würden. Aber wenn auch Ribblesden und Aiderlen unter heftigem Panzer dies Wort im Saal bewahren: Am Reichstag ist's, es anzuspüren! Am Reichstag ist's, die Tat zu helfen, die sich als notwendige Folge des von Deutschland Gebieten und Erlittene ergibt, und zu sprechen:

Nun wohl, macht Euch hart — wir stehen als die berufenen und erwählten Vertreter des deutschen Volkes geschlossen hinter Euch. Sagt, was Euch heißt, tut und und zu wissen, wie viel Schiffe Ihr braucht, und wir werden Euch bewilligen, was irgend in des Volkes Kräfte steht — des Volkes, das nicht fädel zurückweichen will vor jedem Stimmzettel des Beiten, das seinen Anteil fordert an den Schätzen dieser Erde!

Das Vorgehen der Panzerplatten-Presse entdeckt nicht der Konsequenz. Ein Krieg um Marokko wollen sollte den Panzerplatten-Patrioten Aufrichte und damit enorme Profite bringen. Dieser Krieg ist jetzt ausgeschlossen, aber die Prozentpatrioten setzen nach dem Profit und er soll jetzt dadurch erzielt werden, daß Deutschland seine Flotte vermehrt. „Sagt, wie viele Schiffe Ihr braucht“, gibt der Monitor der rechtsstehenden Nationalliberalen, warum sagt das Volk nicht hinzu: „Die heilige Rasse Deutschlands ist bereit, die Kosten zu tragen!“ — Vom Bezahlen will der Prozentpatriotismus nichts wissen, dazu ist das Volk noch gerade gut genug. Die ganze patriotische Entschlossenheit, Sorge und Empörung ist nichts weiter als eine künstlich ingenierte Waise, einzig zu dem Zweck, einen kräftigen Anstoß an den Wästen vorzunehmen, um den Profit einer Anzahl Unternehmer zu erhöhen.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Die Vorgänge in und um Tripolis sind immer noch nicht angeklärt. Doch scheint mit Gewißheit aus der allgemeinen Lage hervorzugehen, daß der Stand der italienischen Truppen ein sehr schwieriger ist und sich von Tag zu Tag noch mehr verschlechtert. Die amtlichen Stellen streiten sich über Erfolge und Niederlagen hin und her. Wir geben in nachstehendem die offiziellen Auslassungen der beiden in Frage kommenden Botshafter in Berlin wieder:

#### Die türkische Darstellung.

Bei der türkischen Botschaft in Berlin eingelaufene amtliche Telegramme besagen, in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober griffen türkische Truppen, durch Freiwillige unterstützt, die Italiener an, die feindliche Linie wurde an mehreren Punkten durchbrochen. Bei diesem Kampf, der bis zum nächsten Tage 4 Uhr nachmittags dauerte, wurde der Feind bis zu dem Vorort Bahalla zurückgebrängt. In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober wurde der Angriff erneuert. Die Italiener wurden in die Flucht geschlagen und verließen die Forts Seide, Miri und Jenni, wo sie zahlreiche Borräte, Munition und Material zurückließen. Die Verluste der Italiener sind bedeutend, die türkischen betragen ungefähr 40 Tote und 100 Verwundete. Nach den letzten Nachrichten sind die Italiener gezwungen, die Verteidigung auf die Stadt selbst zu beschränken. Die Einnahme der Stadt ist in Italien zu erwarten.

Die italienische Darstellung.

Die italienische Botschaft in Berlin teilt mit: Angeht die phantastischen Nachrichten, die über die Lage des italienischen Expeditionskorps in Tripolis veröffentlicht worden sind, hält es die italienische Botschaft nützlich, nachfolgende Mitteilung zu machen, durch die die gegenwärtige Lage auf dem Kriegsschauplatz genau bezeichnet wird: Die Italiener sind in allen Kämpfen zu Wasser und zu Lande ohne Ausnahme Sieger geblieben, sie haben Tripolis, Bengasi, Derna, Goms und Tobraf besetzt, indem sie den Feind schlugen und ihn zwangen, sich zurückzuziehen. Seitdem sind alle Angriffe des Feindes zurückgeschlagen worden, wobei ihm sehr schwere Verluste zugefügt worden sind. Die italienischen Truppen haben zahlreiche Kanonen und zwei Fahnen erbeutet. Nach der Schlacht vom 26. Oktober hat kein Kampf mehr stattgefunden.

Während in der italienischen Darstellung gesagt wird, daß seit dem 26. Oktober kein Kampf mehr stattgefunden habe, wird von amtlicher türkischer Seite behauptet, daß der entscheidende türkische Angriff, der die Situation der türkischen Truppen erheblich verbesserte, am 28. Oktober erfolgt sei. Ist die türkische Darstellung richtig, so muß man über die Kämpfe am 28. Oktober die unangünstigsten Schlüsse aus dem Schweigen der amtlichen italienischen Meldungen in bezug auf die Situation der Italiener in Tripolis ziehen.

Deutsches Reich.

Die amtliche Wahlmappe geht ein. Die fortschrittliche „Kölnener Zeitung“ veröffentlicht folgendes Zirkular:

Euer Hochwohlgeboren! Die Wahlen zum Reichstage stehen unmittelbar vor der Tür. Der Kampf wird diesmal, wie allgemein bekannt, sehr schwer werden; nur durch eine anbauende, ernste und umfangreiche agitatorische Tätigkeit kann es gelingen, unseren Wahlkreis der konservativen Partei zu erhalten. Diese Agitation macht aber sehr erhebliche Kosten, zu deren Deckung ausreichende Mittel nicht vorhanden sind. Euer Hochwohlgeboren werden deshalb ergebet um einen Beitrag zum Agitationsfonds gebeten, den Sie mit Rücksicht auf den viel erstickten Kampf gefälligst höher bemessen wollen, als den zur Wahl im Jahre 1907 gezahlten.

Aus besonderen Gründen, die einer Klarlegung wohl nicht bedürfen, wird dies Schreiben diesmal nicht wie üblich von dem Herrn, der die Aufforderung sonst hat ergehen lassen, sondern mit seinem Einverständnis von mir unterzeichnet. Eine möglichst baldige Ueberweisung Ihres Betragtes an den Unterzeichneten wäre im höchsten Grade erwünscht.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Timme, Kreissekretär.

Zur Wahl im Jahre 1907 zahlten Euer Hochwohlgeboren einen Beitrag von ... Mark.

Könnte einem etwas mit der Zudringlichkeit dieser amtlichen Wahlmappe ausfallen, so wäre es die hilflose Ungeschicklichkeit, mit der sich sein wahrer Urheber zu verstehen sucht. Der Herr, der die Aufforderung sonst hat ergehen lassen, der diesmal aber aus besonderen Gründen nicht unterzeichnet und dafür seinen Kreissekretär unterzeichnet läßt, unterschätzt wirklich den Scharfsinn seiner Mitbürger, wenn er glaubt, das Käsel seiner Persönlichkeit würde ihnen unübersehbar bleiben. Dieser bekannte Unbekannte sammelt also Wahlgelder für die konservative Partei, denn von zehn mit seinem Rundschreiben Beglückten sind sicherlich neun nicht in der Lage, Weinlagen zu können, weil sie die Ungründe des Unausprechlichen fürchten müssen. Man kann den Geschickten nur raten, sich bei den Wahlen entsprechend zu verhalten. Aber freilich, wenn dann die berühmte Zigarettenliste oder Suppenterrine auf dem Wahlstisch auftaucht, hat auch das seine Bedenken.

Zur Maroffo-Frage. Vor einigen Tagen hat der „Berliner Lokal-Anzeiger“, offiziös inspiriert, mitgeteilt, daß am Dienstag dieser Woche das Maroffo-Abkommen unterzeichnet werde, jedoch man damit rechnen konnte, daß am Mittwoch die Veröffentlichung des Vertrages hätte erfolgen können. Inzwischen scheinen sich neue Schwierigkeiten herausgestellt zu haben, denn der „Berliner Lokal-Anzeiger“ gibt ein Privat-Telegramm aus Paris wieder, wonach als Tag der Unterzeichnung nunmehr der Freitag in Aussicht genommen sei. Staatssekretär v. Riedern-Waechter soll im letzten Augenblick eine neuerliche Forderung des Wertes verlangt haben, über die sich die französische Regierung erst schlüssig machen muß. — Die ganze Geschichte kommt uns schon seit langem dumm vor. Wenn sie nicht nur so verteuert erst wird.

Aus der Strafrechtskommission des Reichstags. Der „Reichsanzeiger“ berichtet über die Verhandlungen der Strafrechtskommission. In den letzten Wochen habe die Kommission den früher zurückgestellten Teil des vierten Abschnitts (Strafauflösungs- und Milderungsgründe), nämlich die Vorschriften über Notwehr, Notstand und jugendliches Alter, und ferner den sechsten und lebenden Abschnitt (Verlust und Teilnahme) beraten. Die Vorschriften über Notwehr wurden nach dem Bericht unverändert angenommen. Beim Notstandsparagraphen einigte die Kommission sich auf folgenden grundsätzlichen Standpunkt:

Notstandshandlungen sollen wie nach dem Vorentwurf nicht nur zur Rettung der eigenen Person und der Person von Angehörigen, sondern allgemein zu Gunsten Dritter und auch zur Rettung eigenen oder fremden Eigentums zugelassen werden. Abweichend vom Vorentwurf soll jedoch die Verhältnismäßigkeit des drohenden Schadens und des von der Notstandshandlung zu erwartenden Schadens auch für den Personstand gefordert werden. Die Voraussetzung, wonach die Gefahr unerschuldet sein muß, soll grundsätzlich in Wegfall kommen. Ferner sollen auch Eingriffe in die Rechtsgüter des Bedrohten selbst als durch den Notstand gedeckt angesehen werden, wodurch insbesondere die Interessen der Ärzte berücksichtigt werden, die sich zu Eingriffen an dem gefährdeten Kranken ver-

anlassen sehen. Andererseits ist im Interesse des Schutzes des Publikums vor willkürlichen Eingriffen eine Notstandshandlung gegen den rechtlich beachtlichen Willen des von der Gefahr Bedrohten für unzulässig erklärt. Endlich ist die Rechtmäßigkeit der Notstandshandlung anerkannt worden.

Beim Jugendstrafrecht wurde die Strafgrenze auf 14 Jahre hinaufgehoben. Für die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren ist — ebenso wie für Taubstumme —, abweichend vom Vorentwurf, aber in Anlehnung an das geltende Recht, Straflosigkeit vorgesehen, wenn der Täter wegen zurückgebliebener Entwicklung oder mangels der erforderlichen geistigen oder sittlichen Reife nicht die Fähigkeit besitzt, das Ungeheuerliche seiner Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen.

Die Paragraphen 75 bis 77 behandeln den Versuch. Dem § 75 wurde folgende Fassung gegeben: „Wer den auf Verübung eines Verbrechen oder Vergehens gerichteten Versuch durch Handlungen betätigt, welche die Tat zur Ausführung bringen sollen, ist, wenn sie nicht vollendet wird, wegen Versuchs zu bestrafen.“ Einmaligen Härten, welche sich aus der grundsätzlichen Strafbarkeit auch des absolut untauglichen Versuchs ergeben können, ist durch eine Vorbestrafung vorgebeugt worden, wonach der Richter in diesen Fällen von Strafe absehen kann.

Ueber Anstiftung und Beihilfe wurde festgelegt, daß Mittäter, Anstifter und Gehilfen strafbar sind, auch wenn der Mittäter oder Täter nicht schuldhaft handelte.

Eine Sinecure. Der frühere Botschaftsrat in Washington, Graf Georg v. Wedel, ist zum preussischen Gesandten in — Weimar ausersehen, nachdem er bereits seit Jahresfrist mit der Wahrnehmung der dortigen gesundheitslichen Geschäfte betraut ist. Welcher Art diese gesundheitslichen Geschäfte in — Weimar sind, darüber dürfte selbst Herr v. Riedern-Waechter nicht in der Lage sein, Auskunft zu geben. Die deutschen Steuerzahler aber möchten es gerne wissen.

Wahllofen. Gegen die Gültigkeit der Wahl des Zentrumsabgeordneten Broglio im reichsständischen Landtagswahlkreis Habsheim-Landhof ist von den Sozialdemokraten Protest eingelegt worden, 1) wegen Mißbrauchs der Kanzel zu Wahllofen und 2) weil die Kirchenlofen in einzelnen Dörfern zur Einberufung von Zentrumsversammlungen geduldet wurde. Da Broglio nur 35 Stimmen mehr erhielt, als der sozialdemokratische Gegenkandidat, müßte die Ruffierung sehr wahrscheinlich sein, wenn das Zentrum nicht die Mehrheit im Landtage hätte.

Steigerung der Nahrungsmittelpreise. Das Statistische Amt der Stadt Mannheim hat in seiner neuesten Veröffentlichung die Durchschnittspreise von September 1910 und 1911 der wichtigsten Nahrungsmittel gegenübergestellt. Daraus ergibt sich zur Evidenz, daß die im Vorjahre schon sehr hohen Preisnotierungen noch erheblich weiter in die Höhe geschritten sind. Die Durchschnittspreise betragen pro Tonne = 1000 Kilogramm:

	Septbr. 1910	Septbr. 1911
Pfälzer Weizen . . .	212,50 Mk.	221,90 Mk.
Rumänischer Weizen . . .	227,70 „	232,30 „
Pfälzer Roggen . . .	154,10 „	195,60 „
Rußischer Roggen . . .	165,00 „	197,50 „
Pfälzer Gerste . . .	165,90 „	207,50 „
Futtergerste . . .	123,70 „	154,80 „
Badischer Hafer . . .	159,00 „	190,00 „
Rußischer Hafer . . .	169,70 „	195,00 „

Die Rindfleischpreise haben gleichfalls eine geradezu schwindelnde Höhe erreicht. Für den Zentner wurden im Durchschnitt gezahlt:

	Septbr. 1910	Septbr. 1911
Speckelartoffeln, 1. Sorte	4,87 Mk.	6,25 Mk.
Speckelartoffeln, 2. Sorte	4,19 „	5,25 „
Ochsenfleisch, pro Kilo . . .	1,80 „	1,90 „
Rindfleisch, „ „ „ „	1,70 „	1,80 „
Hammelfleisch, „ „ „ „	1,70 „	1,80 „

Die Rückzahlungen überstiegen bei der städtischen Sparkasse die Einlagen im September 1910 um 187387 Mk. und im September d. J. um 250826 Mk. Dieser Rückgang in den Sparkasseneinlagen ist um so beachtenswerter, als die Bevölkerung sich vermehrt hat und die Mitgliederzahl aller Krankenkassen gleichfalls erheblich gestiegen ist.

Die billigen Kartoffeln des Herrn v. Brodhausen. (Ein agrarischer Schwindler.) Als in der Sitzung des Reichstages vom 26. Oktober, am dritten Tage der Leuerungsdebatte, der Genosse Dr. Südekum sagte: „Die billigen Kartoffelpreise, die der Landwirtschaftsminister genannt hat, gelten nur am Produktionsort und für unsortierte Baren“, da bezeichnet der Parlamentsbericht der großen Blätter folgenden Zwischenruf: (Abg. v. Brodhausen (kon.): Auch bei mir können Sie für 2,30 Mark haben. — Weiterkeit.) Der Zwischenruf konnte an dieser Stelle nur den Sinn haben, daß bei Herrn v. Brodhausen Kartoffeln zum Preise von 2,30 Mk. und zwar für sortierte Baren (Speckelartoffeln) zu haben seien. So wurde die Sache auch allgemein aufgefaßt, als ein Beweis für die Behauptung der Regierung, daß nur der Handel die Lebensmittel verteuere. Immerhin, Herr v. Brodhausen ist aus Hinterpommern und Hinterpommern hat eine gute Ernte gehabt und Herr v. Brodhausen ist zudem Verbanddirektor der Pommerschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Sache konnte also vielleicht doch richtig sein. Der Vorsitzende des liberalen Wahlvereins in Diegnitz, der zugleich Stadtverordneten-Vorsteher ist, beschloß, da zurzeit auch in Diegnitz die Beschaffung von billigen Nahrungsmitteln auf der Tagesordnung steht, die Probe aufs Exempel zu machen. Er hat sofort den Vertreter von Diegnitz im Reichstage, Abg. Fischhof, er möchte doch Herrn v. Brodhausen fragen, wieviel Zentner er zum Preise von 2,30 Mk. liefern könne. Der Angefragte wäre bereit, 1000 oder 2000 Zentner sofort abzugeben.

Das Resultat dieser Anfrage war großartig. Zunächst beiritt Herr v. Brodhausen, daß er in seinem Zwischenruf von 2,30 Mk. gesprochen habe; 2,60—2,90 Mk. habe er ge-

meint. Auch seien die Kartoffeln nicht auf seinem Gut zu haben, sondern, wie ihm erzählt wurde, in Vommern! Da es man gute Speckelartoffeln um 2,90 Mk. bekomme, das sei auch zweifelhaft, denn „Speckelartoffeln“ sei ein unbekannter Begriff. Der Angefragte möge sich doch an die landwirtschaftliche Verkaufszentrale in Stettin wenden, die dort im sicher den billigsten Preis nenne.

Wenn Herr v. Brodhausen diese Einschränkungen seinen anobitischen Zwischenrufes im Reichstage hätte machen müssen, so würde der Parlamentsbericht „Große Debatte“ verzeihen können. Die Sache ist natürlich aber auch hier ernst und mahnt zur größten Vorsicht gegenüber den Angaben, die von der Regierung und der Medien zur Verfügung eines in der Produktion begründeten Reichstagsmitglied gemacht werden. Leider gelingt es nicht immer, die politischen Schwindler zu überführen.

Oesterreich-Ungarn.

Das Ministerium Gausch demissioniert. Einer Mitteilung des offiziellen Wiener A. N. Bureau zufolge hat der Ministerpräsident v. Gausch auf Grund des nachmittags abgehaltenen Ministerrates die Demission des Rabinetts dem Kaiser unterbreitet. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Freiherr v. Gausch die Bildung des neuen Rabinetts nicht übernehmen. Als Nachfolger des Freiherrn v. Gausch gilt der „Neuen Freien Presse“ zufolge ein bisheriger Unterrichtsminister Graf Sturgath, der in den letzten Woche zweimal beim Kaiser in Wien war. Das Rabinett des Grafen Sturgath dürfte ein reines Brämantenrabinett mit provisorischem Charakter und ein Uebergangsrabinett darstellen.

Schweden.

Intervention? Gehten Herrsche Baron Bonde, der Vorsitzende des schwedischen Friedensverbandes, ein an den König gerichtetes Schreiben, in dem er verlangt, daß die schwedische Regierung sich bietende Gelegenheiten benutze, um sich zu gemeinsamer internationaler Intervention gegen den Krieg zwischen Italien und der Türkei anzubringen. Das Schreiben ist vom Zentralvorstande des Friedensverbandes beschloffen.

Rußland.

Die Kriegsverluste. Im Kriegsministerium finden Beratungen über den Plan statt, vier Armeekorps aus dem Militärbezirk Kasan nach dem Westen zu verlegen. Der Plan soll durch Erüdigungen über die allgemeine politische Lage Europas angeblich zugleich durch Maßnahmen gegen Absichten Oesterreichs veranlaßt sein.

China.

Verhandlungen? Der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Nianhschal hat an die Regierung telegraphisch das Erluden gerichtet, einen interimistischen Vremienminister zu ernennen, während er alle Angriffe der Russen zu stellen lassen und unerschrocken mit Ujbeunwegen wegen eines endgültigen Friedensschlusses in Unterhandlungen treten werde. Nianhschal will sich, falls er nicht auf andere Weise Unterhandlungen beschaffen könne, in das Lager der Russen begeben nach Turidjan begeben.

Keine politische Nachrichten. Bei den Kommunalwahlen in Baden-Baden erhalt das Zentrum in der dritten Klasse ein Niederlage. Es brachte 16 Sitze durch die Sozialdemokraten und die Liberalen 8. Bisher hatte das Zentrum alle 24 Sitze inne. — In Mannheim sind gewannen unsere Genossen in der zweiten Klasse 12 Sitze. — Obwohl Graf Oppersdorf in seinen bisherigen Wahlkreise Glatz-Bodenbrunn auf eigene Befundheit, hat ihn das Zentrum einen offiziellen Gegenkandidaten, den Hauptlehrer Weiler gegenübergestellt. — Für Preußen soll der lange Theobald einen neuen Wahlkreisentwurf vorseiten. — 11260573 Pfaffen. Schaumwein sind 1898 in Deutschland vertrieben worden. Das ergibt 11274206 Mk. — Wilhelm II. ist wieder mal durch sein Knebelbüchlein in unheilbaren angestiegen. Er soll sich einen Fremden gegenüber gehöhrt haben, daß den Schwärzen Religion beibringt und der Islam bekämpft werden müßte. Da sich diese Neuerungsbild mehrwärtig ausnahmen, erfolgte ein schreckliches Demüt. Es ist nun festgestellt, daß die Rede nicht so, sondern anders gehalten habe. —

Parteinachrichten.

Genosse Emil Faber hat dem Zentralvorstand des Wohlvereins für den Wahlkreis Frankfurt-Leban mitgeteilt, daß er bei der bevorstehenden Reichstagswahl nicht kandidieren werde. Die schwierige gesellschaftliche Situation in der Schuhwarenfabrikation, die Faber betrifft, zwang ihn, seine Kraft in größerer Maße, als er es als Abgeordneter konnte, seinem Geschäft zu widmen. Seine Abgang Posten und Aemter in der Arbeiterbewegung, insbesondere sein Stadtverordnetenmandat, wird Genosse Faber weiter behalten.

Die Sittlichkeit ist gerettet. Wegen „Verbreitung unzüchtiger Schriften“ wurde in Suitztag der verantwortliche Redakteur des „Wahren Jakob“, Genosse F. Hermann, von den Geschworenen zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 600 Mark beantragt. Die Drenksittlichkeit war während der Verhandlung ausgefallen. — Es handelte sich um Abbildungen in der vor mehr als Jahresfrist erschienenen Rothfollnummer, in der zwei geistliche Sittlichkeitsverbrecher an den Pranger gestellt wurden.

Gewerkschaftliches.

Talliche Werbung über einen Betrüger. Durch die bürgerliche Presse läuft eine Notiz, nach der der Leiter der Vermittlungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes in Duisburg Untersuchungen begangen haben soll und dann durchbebrannt hat. Die Werbung ist durchaus unklar. In der Duisburger Vermittlungsstelle der Metallarbeiter ist weder eine Untersuchung vorgenommen noch ist irgend ein Komar durchbebrannt oder sonst in irgend einer Weise auf seiner Stellung geschieden.





**:: Wegen Umbau, resp. Geschäftsvergrößerung ::**  
**gewähre ich jetzt auf sämtliche Artikel einen hohen Rabatt!**

welcher an der Kasse in Zahlung gebracht wird. Es sind in großer Auswahl und modernen Ausführungen vorhanden:

Herren-Anzüge . . . . .	von 10.00 bis 40.00 Mk.	Jünglings-Anzüge . . . . .	von 7.00 bis 30.00 Mk.
Herren-Paletots . . . . .	von 11.00 bis 42.00 Mk.	Jünglings-Paletots und Mäntel	von 8.00 bis 28.00 Mk.
Herren-Mäntel . . . . .	von 15.00 bis 45.00 Mk.	Jünglings-Häupter . . . . .	von 3.50 bis 9.00 Mk.
Herren-Häupter . . . . .	von 5.00 bis 18.00 Mk.	Knaben-Anzüge und Paletots	von 3.00 bis 15.00 Mk.

Auf obige Artikel 20 bis 30 Proz. Rabatt. Befreiung der Läger ohne Kaufzwang gern gestattet.

**Otto Becker, Wilhelmshavener Straße 56.**

**Apfel-Marmelade ff.**  
 1 Liter (5 Pf.) 1,45 Mk.  
**J. H. Cassens, Rüstingen,**  
 Peterstraße 42 u. Schaar.  
**Reparaturen**  
 an Nähmaschinen, Nähmaschinen  
 und Rotoren aller Systeme liefert  
 prompt und billig aus  
**Aug. Hillmann,**  
 Rüstingen, Weststraße 4.



**Empfehle:**  
 Schellfische, große Brassen,  
 Hechte, Heilbräse,  
 Schollen, Goldbarsch,  
 Seelachs, Kaviar,  
 Nixtkardonade, Rotzungen,  
 grüne Erbsen, Wusteln,  
 Acker Rindlinge u. Sprieteln.  
 Salzheringe 2 Pf., 50, 80, 1 Mk.

**Joh. Stehnke,**  
 Täglicher Fischgroßhandlung,  
 Rüstingen,  
 Wilhelmshavener Straße 20,  
 Telefon 732.

**Pöstel**  
**Kleinfleisch**  
 Pf. 30 Pf. empfiehlt  
**E. Langer**  
 Neue Straße 10.

**Spezial-Heringsgeschäft**  
 Rüstingen H, Schalkr. 16.  
 — empfiehlt —

**alle Sorten Salzheringe**  
 H. Wollheringe Superior  
 H. Wollheringe, H. Heringe  
 zum Einlegen zu engros-Preisen.  
 Nismarheringe, Saureheringe,  
 Stillschmelzheringe, Nixchörs  
 Sootheringe usw.  
 zu billigen Preisen.

**Bilzig zu verkaufen**  
**große Kisten**  
**Detmold Tasse**  
 Marktstraße.

**Fabrikten**  
 1 Stange 9 Pf.  
 tolle Zählholz empfiehlt  
**J. H. Cassens, Rüstingen**  
 Peterstraße 42 und Schaar.



**Lichtspiele**  
 Zur Erhellung der Winterabende  
**Riesen-Programm!!**  
 Samstag und Montag.  
**Burg-Schnecken**  
**W. Wilhelmshaven**

**1. Tell.**  
**Das böse Gewissen.**  
 Drama aus dem Seemannsleben.  
**2. Tell.**  
**Man duelliert sich.**  
 Gespielt von dem beliebtesten  
 aller Komiker, Max Lindner.

**Bilder vom**  
**Kriegsschauplatz**  
**Tripolis.**

**3. Tell.**  
**Das Angstgefühl.**  
 Drama, gespielt von Fr. Polzer,  
 Paris, welche s. Z. in Deutschland  
 für 1 Woche 15 000 Mk. verdiente.

**4. Tell.**  
**Auf gefährl. Posten.**  
 Spanisches Kriegstheater-Drama.  
 Dienstag ist das  
**Theater geschlossen.**

Täglich von 5 1/2 — 11 Uhr.  
 Sonntags v. 3 — 11 großbest.  
 Konzert der H. Kapell-Dir.  
 Bier 1/2 1 90 Pf. Preis:  
 Part. v. 10 Pf. an, je nach  
 Besetzung, Balkon 50 Pf.,  
 Loge 1 Mk.

**Nähmaschinen**  
 repariert prompt und billig  
 unter Garantie  
**Adolf Eden,** Mechaniker,  
 gepar. Meister,  
 Rüstingen, Wörtenstraße 12.  
 Auf Wunsch Abholung.

**Freie Turnerische Rüstingen.**  
 Freitag den 3. November cr.,  
 abends 9:30 Uhr:  
**Berammlung d. Damen-Abteil.**  
 im Vereinslokal Eden, Nordstr.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Gründung einer Mädchen-Abteilung.  
 Zu dieser Berammlung sind Fremde und Gönner des Frauen-  
 und Mädchenturnens freundlich eingeladen. Der Vorstand.

**Wilhelm-Theater**  
 (Seemannshaus).  
 Freitag den 3. November, abends 8 1/2 Uhr:  
 Zum ersten Male!  
**Der Weg zur Hölle.**  
 Schwank in 3 Akten von Gustav Kadelburg.  
 Sonntag den 5. Novbr., abends 8 Uhr:  
**Der Walzerkönig.**  
 Operettenposse in 4 Akten von Mannstädt.

**Arbeiter-Turn- und Stemm-Verein Einigkeit**  
**Osternburg.**  
 Freitag den 3. Nov., abends 8:30 Uhr,  
 findet in der Tonhalle eine  
**Versammlung**  
 für Eltern der Schüler u. Schülerinnen-  
 Abteilung statt. Wegen sehr wichtiger Ange-  
 legenheit erucht der Unterzeichnete alle Eltern,  
 auch diejenigen, deren Kinder bisher noch nicht  
 geturnt haben, zu erscheinen.  
 Der Vorstand.

**Restaurant Hamburger Hof**  
 (Wolker Th. Kuper)  
 Rüstingen, Wilhelmshaven. Straße.  
**Zur Einweihung**  
 des renovierten Lokals am Donnerstag  
 den 2. November d. J.  
 laden wir hiermit unsere Freunde und Gönner höflichst  
 ein. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.  
 Hochachtungsvoll  
**Th. Kuper. C. Starwing, Geschäftsführer.**

**Weltbekannt schon seit 15 Jahren!**  
**Edelweiss-Fahrrad ist**  
**gut und billig!**

**Arbeiter-Verein Zitel**  
 und Umgebung.  
 Sonntag den 5. Novbr.,  
 nachm. 4 Uhr:  
**Versammlung**  
 beim Wirt Wilkenjohann.  
**Tages-Ordnung:**  
 Die Stellung der Frau im heu-  
 tigen politischen und wirtschaft-  
 lichen Leben.  
 Referentin Frau Hermann-Röhr.  
 Zu zahlreichem Besuch ladet  
 freundlichst ein  
 Der Vorstand.

**Ordnungs-Kasse**  
 für den  
**Wahlbezirk Bütjadingen**  
 vom 6. bis 10. Novbr.  
 Gebung der Beiträge.  
 Weisfeld, Rechnungs-Steller.

**Colosseum, Rüstingen.**  
 Heute Freitag:  
**Oeffentl. Tanzmusik.**  
 Hierzu ladet ein H. Sussbauer.  
 Sonnabend den 4. November  
 abends 8 Uhr:

**Grosser Preis-Skat.**  
 Es ladet freundlich ein  
**Louis Engelke,**  
 Büsnardstraße 5.  
 Sonntag, 5. November d. J.,  
 nachm. 4 Uhr:

**Großer Preis-Stat**  
 Verspielt wird  
 ein halbes Schwein.  
 Hierzu ladet freundlich ein  
**Belz, Rüstingen,**  
 Heinestraße 4.

**frische Fische**  
 zu den billigsten Tagespreisen  
 empfiehlt  
**Fischhandlung Ferd. Mehnthin**  
 Werfstr. 17, beim Schindbergweg.

**Normal-Hemden**  
**Normal-Hosen**  
 für Damen und Herren kaufen Sie  
 gut und billig bei  
**Agnes Nietsch**  
 Rüstingen, am Markt.

**Malsufen.**  
**J. H. Cassens, Schaar.**

**Bürgerverein Rüstingen**  
 Sonnabend den 4. Nov.,  
 abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 im Siebeshurger Hof  
 (E. Heinen).  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Ueber Kommunalprogramm.  
 Referent: Randtopfsgewand.  
 Paul Fug.  
 2. Dio. Kommunale Verträge.  
 3. Beschließen.  
 Um zahlreiches und pünktliches  
 Erscheinen der Mitglieder zu  
 bitten Frauen erucht  
 Der Vorstand.

**Wra. Radfahrer-Verein**  
 Rüstingen-Wilhelmshaven.  
**Heute Donnerstag**  
 abends 8:30 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 in Sadewassers Boot.  
 Um zahlreichem Besuch erucht  
 Der Vorstand.

**Arbeiter-Turn-Verein Germania**  
 Sonntag den 4. Novbr.,  
 abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 in Sadewassers Boot.  
 Um zahlreichem Besuch erucht  
 Der Vorstand.

**Arbeiter-Turn-Verein Germania**  
 Sonntag den 4. Novbr.,  
 abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 in Sadewassers Boot.  
 Um zahlreichem Besuch erucht  
 Der Vorstand.

**Accum.**  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
 „Kette wieder“  
 Sonntag den 4. Novbr.,  
 abends 8:30 Uhr:  
**Versammlung**  
 beim Wirt Fr. Wils.  
 Vollständiges und pünktliches Er-  
 scheinen erwünscht.  
 Der Vorstand.

**Volksküche Rüstingen**  
 Freitag: Stadtraben mit Schinken.  
**Saufgabung.**  
 Allen denen, die unsern Verein  
 schon das letzte Gedicht zur Ruhe-  
 läute gaben, keinen Tag so ernt  
 mit Kränzen schmücken, lassen  
 Herrn Pastor Döhlen 1 Uhr later  
 freierhalten Worte am Ende  
 legen wir unsern herzlichsten Dank  
 R. Döhrens und Frau  
 necht Tochter und Angehörige.



# Norddeutsches Volksblatt

Beilage.  
5. Jahrg. Nr. 258.

Freitag  
den 3. Novbr. 1911.

## Der Sozialismus in Argentinien.

Genosse Dr. Dickmann, der Vertreter der argentinischen Sozialdemokratie im Internationalen Bureau, ist auf einer Reise durch Europa begriffen. Seinen Aufenthalt in Berlin benutzte unser dortiges Parteiblatt „Der Arbeiter“, Dickmann über die Verhältnisse in der Arbeiterkammer Argentiniens zu befragen. Derselben Interview verdanken wir folgende Mitteilungen:

Die „Republik“ Argentinien wird durch die eingewanderten Großgrundbesitzer und durch eingewanderte Großkaufleute beherrscht. Die große Masse des Volkes setzt sich aus Emigranten zusammen, die nicht wirtschaftlich schlecht gestellt sind, sondern auch über gewisse Wissen verfügen und daher vielfach mehr den anarchistischen als sozialistischen Ideen zugänglich sind. Das Verhältnis in das Verhältnis zwischen Regierenden und Proletariat ganz besonders scharfe Gegensätze.

Am 1. Mai 1909 gedachte die Polizei der Hauptstadt Buenos Aires gegen die sozialistische Arbeiterkammer, die ihre Organisation auszubauen begonnen hatte, einen Hauptangriff zu führen, und die junge Bewegung im Keim zu erstickern. Und zwar bediente sie sich des internationalen Sozialismus: sie provozierte das Proletariat, um es zu Unruhen zu reizen und, auf diese gestützt, den Versammlungen der Arbeiterkammer das Verbot zu erteilen, nach ihrem Programm freigelegte die Polizei ohne jeden Rücksicht den Raufputz und auch in die Scharen hinein. Tausende Menschen wurden verhaftet, 10 getötet, darunter ein Weib von 90 und ein Kind von 14 Jahren!

Damit hatte man erreicht, was man wollte: eine außerordentliche Erregung im Volke. Die Arbeiterkammer beistand die Entlassung des Verhafteten der Hauptkammer, und da die Regierung den Jargon von Buenos Aires nicht lassen wollte, brach im Lande ein Generalstreik aus, an dem sich 200.000 Arbeiter beteiligten und der eine volle Woche währte, ohne daß er allerdings eine greifbare Wirkung hervorbrachte. Ein paar Monate später stürzte ein junger Russe in der Arbeiterkammer durch eine Bombe. Daraufhin setzte die Reaktion mit allen Mitteln ein: Verlagerungszustand auf drei Monate, Einschränkung der sozialdemokratischen Propaganda, Schließung der Arbeiter, Schließung der Arbeitervereine und -Kasse, Konfiskation der Bibliotheken etc. Dieser Zustand war um so unerträglich, als nach den Unruhen Argentinien mit denen Argentinien bereits seit 1902 in den allergeringsten Anfängen arbeitet, jeder Fremde immer 24 Stunden ohne Angabe von Gründen ausgehört werden darf.

Im Jahre 1910 demonstrierten die Anarchisten gegen das Ausnahmegesetz-Regime mit solcher Ungeheuerlichkeit, daß die Regierung erzwungen wurde, wiederum mit aller Schärfe und Brutalität vorzugehen und — am 14. Mai 1910 — von neuem den Verlagerungszustand zu erklären. Im Hause „patriotischer“ Redakteure wurde in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai mit Unterstützung der hochwohlgeborenen Polizei von Buenos Aires die Druckerei des anarchistischen Blattes „La Protesta“ in Brand; auch die Räume des sozialistischen Blattes „La Vanguardia“ (Die Vorhut) wurden zerstört und die Bücher der Arbeiterbibliothek, die Werke Darwin's, Holzs, Peneers, Karl Marx' unter den Händen der Nationalgarde auf die Straße gestreut! Viele Arbeiter wurden auf eine ferne Insel verbannt, die Freiheit der Vereinigung und Versammlung, des Wortes und der Presse ging in Rauch auf.

Trotzdem versagten die Sozialisten Argentiniens nicht. Durch öffentliche Sammlung brachte man 40.000 Mark auf, mit deren Hilfe zunächst die sozialistische Tageszeitung wieder ins Leben geführt wurde, und ungeachtet aller Gegenmaßnahmen der Geld-Krisokratie und der Straße gelang es, die sozialdemokratische Partei Argentiniens wieder in Aktion zu bringen.

Natürlich lassen die Kräfte der Partei noch viel zu wünschen übrig, aber es darf nicht übersehen werden, daß Argentinien ein Einwanderungsland und in steter Entwicklung begriffen ist. Die „Republik“ hat — auf dem Papier — das allgemeine Wahlrecht, das jedoch durch Betrügereien, Bestechungen u. dergl. illusorisch gemacht wird. Versammlungen haben die Parteigenossen Argentiniens gute Zurecht und Vertrauen auf die Zukunft. Das Zentralorgan wird fleißig gelesen, und auch die Provinzialblätter finden ihren Absatz. Die Volksuniversität La Paz (Das Licht) erfreut sich regen Besuches. In Buenos Aires hat die Partei 20, im übrigen Lande ebenfalls 20 Sektionen. Die Arbeiterkammern Argentinens, nach dem Hamburger Muster aufgebaut, entwickelt sich sehr gut und hat es s. Z. bereits zu 130 eigenen Wohnhäusern gebracht.

Argentinien, heute von etwa 10 Millionen Menschen bevölkert, kann bei seiner großen Fruchtbarkeit an 100 Millionen ernähren, und es wird ja bereits als zukünftiger Weltlieferant für Fleisch und Leder betrachtet. Schon jetzt könnte das Proletariat Argentiniens glücklicher leben, würde es nicht durch die brutalen Kapitalisten des Landes mißhandelt und zu Boden gedrückt. Die kleine oder tapfere Sozialdemokratie will und wird unter Führung des Genossen Dr. Juan B. Justo das Proletariat aufrufen und aufmuntern. Bis auch in dieser „Republik“ der Arbeiterkammer der Teil am Lebensgute wird, der ihrem Fleiß und ihrer Schöpfungskraft gebührt.

## Parteinachrichten.

**Zotenliste.** Sonntag früh starb in Wandsbeck infolge einer Magenoperation Genosse N. von Robigki. Der Verstorbene hat der Partei als Vertreter der Sozialdemokratie im Wandsbeker Stadtparlament große Dienste geleistet. Der Sozialdemokratische Verein des 8. und 10. Schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises verliert in ihm einen umfichtigen Vorsitzenden und das „Hamburger Echo“ einen tüchtigen Gerichtsberichterstatter.

## Soziales.

**Kinderschacher in Berlin.** Die ehemalige Polizeioffizierin Schwester Hermine Trendt, die auf Veranlassung der Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht von Juni bis Oktober Studien über den Kinderhandel in Berlin getrieben hat, hielt am Montag im Victoria-Theater in Berlin einen Vortrag über ihre Erhebungen. Danach blüht, wie wir einem Bericht der „Berliner Morgenpost“ entnehmen, der Schacher mit Kindern besonders im Norden Berlins. „Besonders werden von Massusen und Manifuren, die Kinder zu Lingazwecken zu verkaufen, von Hebammen und gelegentlich auch von Privatpersonen Geschäfte mit der lebenden Ware gemacht. Ein großer Teil fällt der gewerbmäßigen Engländerin zum Opfer; andere Kinder werden an Bettler zur Erregung des öffentlichen Mitleids oder an Diebe zur Ausbildung für verbrecherische Zwecke verhandelt. Einige der berüchtigten „Rezeptionszentralen“ besitzen 6—8 Filialen in der Provinz. Neuerdings werden schon auf der Straße Zettel verteilt, in denen die Erziehung „disorderly Angelegenheiten“ in Aussicht gestellt wird. Gemeint sind damit die Verschaffung und Unterbringung von Kindern. Eines der Institute rühmt sich, in kurzer Zeit 400 Kinder „umgesetzt“ zu haben. Ueber den Vertrieb der zahllosen Kinder verlangte die Rednerin strenge polizeiliche Recherchen.

## Soziales.

**Müstringen, 2. November.**

### Eine Reform in der Marine.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus dem Reichstag geschrieben: „Wer erinnert sich nicht der Tragödie des Werpiprozesses? Eine untergeordnete Beamte, Magazin-aufseher mit einem beschämend kleinen Gehalt, wurden als Sündenböcke in die Mäule geschickt. Der leitende Beamte der betreffenden Abteilung aber, der in dem Prozeß bis auf die Knochen bloßgestellt wurde, „verwaltet“ in Wilhelmshaven lustig weiter! Damals warb von dem Staatssekretär des Reichsmarineamts, Herrn von Tirpitz, die feierliche Zusicherung gegeben, daß er mit einem Faust dazwischenfahren und kaufmännischen Geist in die Marine hineintragen werde. Seitdem war es ruhig auf den Wassern. Man überlegte offenbar. Nun aber geht man, wie von den kaiserlichen Berichten berichtet wird, zur Aktion über. Doch nicht an die obersten, leitenden Verwaltungstellen, deren Unfähigkeit in dem Werpiprozess so eklatant zutage trat, geht man heran. O nein! Die Kleinen, die schon erwählten Magazin-aufseher müssen's bleiben. Diese Beamten, ausschließlich altegediente Soldaten, haben bis jetzt die auf Willkür zu bewertenden Magazine der Bersten verwaltet. Dabei bezogen sie früher ein Gehalt, das mit 1200 Mark begann und in einundzwanzig langen Jahren sich auf 1600 Mark erhöhte. Erst die letzte große Besoldungsreform hat die Sätze auf 1400 Mark beziehungsweise 2000 Mark gesteigert. Wenn unter diesen Verhältnissen der eine oder der andere, wie der Werpiprozess zeigte, der Verführung unterlag, so wird man dies zum mindesten ersichtlich finden und die Schuld nicht nur bei den lang entschienen Beamten, die die Millionenwerte zu verwalten haben, suchen. Jedenfalls ist es verkehrt und ungerecht, eine ganze Beamtencategorie, die unter schwierigen Verhältnissen ihre Schuldigkeit tat, die Verfehlung einzelner Glieder angelastet zu lassen.

Das scheint indessen auf unseren Wesen der Fall zu sein. Jedenfalls sind die Magazin-aufseher neuerdings völlig beiseite geschoben und kaltgestellt. Ohne Zutun des Reichstags hat man eine ganz neue Beamtencategorie, die Lagerverwalter, geschaffen, mit einem entsprechend höheren Gehalt natürlich, und diese den altegedienten Magazin-aufsehern einfach auf die Nase gesetzt. Aus Sparanleihergründen natürlich! Der Spatz kostet die Kleingeldigkeit von 60.000 Mark jährlich. Woher diese Summe genommen wird, ist vorläufig in Dunkel gehüllt. Jedenfalls wird der Reichstag Gelegenheit nehmen, dies etwas merkwürdige Verwaltungs- und Sparanleihermethode näher nachzuprüfen. Bureauhilfsarbeiter hat man befristlich früher aus Neubau- und sonstigen Fonds, die mit der Sache nichts zu tun hatten, bezahlt. Warten wir ab, wo jetzt die heimlich fliehende Quelle steht.

Und wie sieht es mit dem „kaufmännischen Geist“, der auch die Marineverwaltung wie die ganze Reichsregierung erfüllen sollte? Herr Bloow forderte in seiner anläßlichen Finanzrede vom 19. November 1908 eine neue Aera der Finanzwirtschaft und stellte den schönen Grundgedanken auf: „In alle Finanzgeschäfte der Regierung muß ein neuer Geist einziehen“, und er fügte hinzu: „Ich glaube, daß wir kaufmännischer werden arbeiten müssen.“ Diese Worte klangen wie eine Verheißung, man konnte endlich hoffen, daß nicht wie eine Verheißung, man konnte endlich hoffen, daß nicht wie dem durcheinanderstehenden Schandlappen in der Reichsverwaltung gebrochen werden, sondern daß endlich auch in der Vergewaltigung von Arbeitskräften ein Ende gemacht werden würde. Nichts wäre aber erwünschter, als daß durch rationellere Arbeitsteilung eine langsame Verminderung des Be-

amtenheeres angebahnt würde. Jedenfalls gehörte es seitdem für jedes einzelne Kesselfort zum guten Ton, dem „kaufmännischen Geist“ die Neoreizung zu erweisen.

Auf den kaiserlichen Werften kam dieser kaufmännische Geist dadurch zum Ausdruck, daß man an Stelle bewährter Fachleute, brauchbarer und altgedienter Magazin-aufseher oder kaufmännisch vorgebildeter Beamten — Defizitäre zu Lagerverwaltern machte, die wegen gänzlicher Dienstunfähigkeit mit einer verhältnismäßig hohen Pension entlassen worden sind. Sie haben weder vom kaufmännischen Betrieb noch speziell von dem Dienst im Magazin irgendwelche Ahnung. Die Magazin-aufseher mühen ihre neuen Vorgesetzten wohl oder übel in den Dienst einzuführen und sich nebenbei und hinterher von ihnen kommandieren lassen. Wahrhaftig, eine tief sinnige Reform! Den neuen Lagerverwaltern aber sind außerdem noch eine Menge Magazin-gehilfen zur Seite gestellt. Damit ist die von den Magazinverwaltern schon längst als notwendig betonte Entlastung gewissermaßen nachträglich zugestanden. Und das mag noch das Beste von der Sache sein.

Die Magazinverwalter aber sind, wie schon betont, völlig laissegelert und die für dieses Amt einberufenen Anwärter (Militärwärter), die sogenannten „diensttunenden Reserveoffiziere“, hat man noch Ablauf der Rühigungsfrist auf die Straße gesetzt oder ihnen anheimgestellt, im Arbeiterverhältnis, als Magazin-gehilfen weiter Dienst zu tun. Welche Stimmung sich der so schwer betroffenen Beamten bemächtigt hat, bedarf nicht weiterer Erklärung. Diese etwas merkwürdige Methode, die Zufriedenheit der Beamten zu pflegen, bedarf ebenso sehr der finanziellen Quelle, aus der die schon erwähnten 60.000 M. fließen.“

**Wilhelmshaven, 2. November.**

**Burg Hohensollern.** Das Ensemble-Gastspiel des Bremer Stadttheaters am Dienstag den 7. November wird das hiesige Publikum mit einem geistreichen und leisen Lustspiel bekannt machen, betitelt: „Die Minister fallen.“ Die reizende Lustspiel-Romantik hat mit seinen besseren Szenen und seiner feinen Satire überall einen glänzenden Erfolg erzielt und beim Publikum durch seinen freundlichen Humor stets größte Heiterkeit hervorgerufen. Jedenfalls dürfte das Werk auch hier einer freundlichen Aufnahme gewiß sein, umso mehr, als die Hauptrollen in den besten Händen der Hände der Damen Flora, Baumbach, Köhling, Knödel, van Eng, Bonnd und der Herren Carleben, Porth, Modes, Thomas, Rüdoff, Ahnelt, Babing und Roth liegen. Die Romantik ist von Herrn Oberregisseur Wajson sorgfältig vorbereitet, jedoch sich der Abend zu einem sehr gelungenen gestalten wird.

## Aus dem Lande.

**Sande, 2. November.**

**Wahlung, Gemeinderatmitglieder!** Die Wahlen zum Gemeinderat finden am 21. November von 3 bis 7 1/2 Uhr in Laddisens Gasthaus statt. Dort liegen auch die Wahlerlisten noch bis zum 6. November aus. Wir empfehlen allen Wählern, die Listen auf ihre Richtigkeit zu untersuchen. Jede einzelne Stimme ist wertvoll.

**Jever, 2. November.**

**Aus dem Stadtrat.** Im Saal der Sophienstraße wurde eine Kurve bei dem Darms'schen Hause um 60 Zentimeter erweitert, eine Kurve bei dem Hause des Detonometrats Jürgens dagegen für ausreichend erklärt. — Der Verkauf eines Begräbnisplatzes an der Lindenallee wurde genehmigt. — Am Mooshüttenweg soll eine Latrine gebaut werden. — Bekannt gegeben wurde, daß in den nächsten Tagen eine Sitzung der Wasserwerks-Kommission einberufen werden soll.

**Dangelstermoor, 2. November.**

**Der Sozialdemokr. Wohltätigkeit für die Landgemeinde** Varel hält am Sonnabend 8 1/2 Uhr im „Härlten Bismarck“ eine Mitgliederversammlung ab, in der Parteiführer Schulz einen Vortrag halten wird. Auch der übrige Teil der Tagesordnung ist wichtig und werden die Genossen und Genossinnen gebeten, ohne Ausnahme zu erscheinen.

**Barel, 2. November.**

**Stadtratswahl.** Zur Bequemlichkeit der Wähler haben wir eine Abschrift der Wählerlisten im „Hof von Oldenburg“ ausgelegt. Verfüme niemand Einlicht zu nehmen. Keiner verlasse sich auf den andern, da die etwaige Richtigstellung der Listen nur bis zum 8. November erfolgen kann.

**Aus einer vertraulichen Stadtratsitzung,** die am 20. Oktober abgehalten wurde, sind der „Wahl 3ig.“ ca. zehn Tage später allerlei Ingerimmlichkeiten berichtet, die völlig aus der Luft gegriffen sind. Daß der Kreisföhrer die Verhältnisse in Barel nicht kennt, beweist schon, daß er nicht weiß, daß das Hochgericht des Bürgermeisters wie des Direktors der Volkshule 8000 Mark einbringt.

**Kaufhäuser-Vortrag.** Auf den heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr im „Schilling“ stattfindenden zweiten Vortrag wird noch besonders hingewiesen.

**Ein frecher Einbruch** wurde in der Nacht zum Mittwoch in dem Laden des Goldwarenhändlers Neumeyer an der Neuen Straße verübt. Zwischen 3 und 4 Uhr wurde er durch ein Geräusch an seinem Laden geweckt. Als er nichts Verdächtiges entdecken konnte, ging er wieder in sein Schlafzimmer zurück. Erst am Morgen fand man, daß der Kollodier gehoben und gestiftet und dann das mit Seife dick beschmierte Fenster eingeschlagen war. Verschwand

und Ähren, Brocken, Ringe, Armbänder, Ketten usw. im Werte von 5 bis 600 Mark. Da der oder die Diebe an dieser belebten Straße Furcht haben mußten, jeden Augenblick gefaßt zu werden, waren in der Eile allerlei Gegenstände verloren gegangen, die auf der Straße bis zum „Bajadring Hof“ gefunden wurden.

Osternburg, 2. November.

Wer wird bei den Osternburger Kommunalwahlen siegen? Ueber diese Frage schreibt der bürgerliche Schreibseife, der mit „g. zeichnet, in den „Nachrichten“ einen neuen Artikel, der mit „w. wieder eine Reihe folgender Darstellungen über Kommunalangelegenheiten enthält. Um dem entgegenzutreten, haben unsere Genossen folgende Mitteilung erlassen:

„Auf was kam es bei den letzten Gemeinderatswahlen an? Es galt, zu verhindern, daß der Allgemeinheit weitere Kosten zu Gunsten der Bessersituierten aufgehoben würden. Und das ist der Sozialdemokratie voll gelungen, denn, hätten die Bürgerlichen gestiftet, würde Osternburg seine verheulenen Bürgerhäuser erhalten haben, und die breite Masse der Steuerzahler die dafür nötigen höheren Steuern!

1900—1910 betragen die Kommunalsteuern 233 Proz., 1911—1912 betragen sie 245 Proz. Das sind zwar 12 Proz. mehr, aber, was ist dafür Gutes für die Allgemeinheit geschaffen? Errichtung der Hülfschule, Anstellung einer Lehrerin auf Gemeindefosten, Verbesserung des Verwaltungswesens, Wegeverbesserungen usw. Bedeutet man nun, daß die Steuern durch einen anderen Umlegungsmodus für 1912—13 um 25 Proz. sich verändern zu Gunsten der Einkommenseuergahler, wagt Herr g. da noch zu behaupten, daß die Steuern gestiegen sind?

Ein anderes kommt noch in Betracht, warum die Steuern seit 1900 etwas steigen mußten. Osternburg hat zur Steuer das Domiziertel verloren, mit 9202 Mark; durch Verlegung der Vermögenslosen Dampfzahnfabrik-Gesellschaft verlor die Gemeinde weitere 13 000 Mark. Das weiß auch Herr g., aber er sagt es nicht, weil sonst jeder sofort einsehen würde, daß alles Geschreibsel über Steuererhöhung durch die Sozialdemokraten un wahr ist!

An Wegeverbesserungen hat die Sozialdemokratie in zwei Jahren mehr geleistet, als die Bürgerlichen in zehn Jahren; denn früher hat man sich um die Landwege so gut wie garnicht gekümmert. Manches ist vom Gemeinderat wiederholt beschlossen, so z. B. betr. des Schützenhofweges, ist aber bis jetzt noch nicht ausgeführt, woran die Sozialdemokratie doch wohl nicht schuld ist.

Der Versuch des Herrn g. zu beweisen, daß die Sozialdemokratie Parteinteressen über Gemeindefragen stellt, wird ihm kaum gelingen, so oft er auch die Anstellung der Frage des Gemeindeforschreibers aufwärmt. Unsere Ueberzeugung ist, daß der von dem Gemeinderat ausersessene Gemeindeforscher der Gemeinde mehr Nutzen gebracht hätte, als ein bloßer Schreiber. Zu einem Gemeindeforscher, der im Bureau tätig sein soll, gehört vor allem ein Mann mit Verständnis für Kommunalwesen. Der vom Gemeinderat Erkornte verfügte darüber u. v. im größeren Maße, als der angestellte Schreiber. Daß die Sozialdemokratie sich bei den Anstellungen lediglich von sachlichen Motiven leiten ließ, zeigte sie bei der Anstellung des Gemeindeforschreibers und des Gasmeisters. Sollte es da nicht vielmehr der bürgerliche Artikelschreiber und seine Kollegen sein, die aus parteipolitischen Gründen gegen die Anstellung des vom Gemeinderat ausersessenen Gemeindeforschreibers waren? Auch der Vergleich mit den Gasarbeitern, den Herr g. zieht, hinkt. Der Staatsarbeiterverband als vertragsschließende Körperschaft hatte ganz selbstverständlich ein Interesse daran, daß im Vertrag vereinbart wurde, daß die Mitglieder dieser Vereinigung bei Vakanz in der Gasanstalt zur Einstellung kommen sollten. Der Versuch des Herrn g., Gewerkschaften zu sozialdemokratischen Vereinen zu stampeln, zeigt, daß Herr g. un sachlich vorgeht.

Wie wenig es Herrn g. kümmert, ob er die Wahrheit sagt oder nicht, zeigt auch der Umstand, daß er die Neuzugang eines Mannes im Ortsausschuss, „hier doch keine Parteipolitik zu treiben“ als diejenige eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Fraktion hinstellt. Herr g. weiß es, daß die Sozialdemokratie auf ihre Kandidatenliste auch eine Anzahl Personen mit hinauf genommen hat, die nicht zur sozialdemokratischen Partei gehören. Also, Herr g., auch in diese Falle wieder daneben gehen!

Und nun zur Eingemeindungsfrage. Daß Herr g. seine Unwahrheit, die Sozialdemokratie habe die Frage der Eingemeindung hintertrieben, wiederholt, macht die Unwahrheit darum nicht wahrer. Es zeigt dies nur um so deutlicher, wess Geistes Kind Herr g. ist. Wie liegen die Dinge? Der Gemeindevorsteher von Eversten hatte sich an die Stadt gewandt, um diese zu einer Verankerung in der Eingemeindungsfrage zu veranlassen. Daraus ist richtig die Stadt ein Schreiben an die Gemeinde Osternburg, das aber so unklar gehalten war, daß nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Bürgerliche zu der Auffassung kamen, die Eingemeindung solle als Stadtgebiet erfolgen. Dagegen muß jeder sein! Gerade um diese Frage zu klären, berief die Sozialdemokratie eine Konferenz aller Gemeindevorsteher und Gemeindevorsteher von Eversten, Ohmstedt, Osternburg und dem Stadtgebiet Oldenburg nach dem Gewerkschaftshaus ein. Unter Vorsitz des Herrn Gemeindevorstehers Schwarting aus Eversten (Herr Tahlmann fehlte) wurde dann die Eingemeindungsfrage von allen Parteien bestritten und sehr heftig beurteilt. Um aber alles zu tun, was eine erprießliche Lösung der Frage im Interesse auch der beteiligten Gemeinden herbeiführen konnte, beschloß man, jede Gemeinde sollte den Gemeindevorsteher und je zwei Vertreter in eine Kommission entsenden, um mit der Stadt zu verhandeln. Ein ausführlicher Bericht über jene Konferenz stand bereit aus in den „Nachrichten“, und wenn nun Herr g. wieder die Behauptung aufstellt, die Sozialdemokratie sei gegen die Eingemeindung und lasse sie zu

hinterreiben, so lüge ich. Herr g. schreibt bewußt, wohlverstanden bewußt die Unwahrheit. Die Eingemeindungsfrage ist von großem Interesse, aber die Frage kann nicht im Hundstunde gelöst werden und wir Sozialdemokraten werden selbstverständlich nur dann der Eingemeindung zustimmen, wenn auch die Interessen der Gemeinde dabei gewahrt werden. Herr g. aber will nach seinem Geschreibsel die Eingemeindung um jeden Preis! Das machen wir nicht mit, uns steht das Interesse der Gemeinde höher, als persönliche Wünsche. Wir werden auch nur dann der Eingemeindung zustimmen, wenn durch ein geeignetes Wahlverfahren der Einfluß der Gemeinde auf die Verwaltung gewahrt wird, z. B. durch Einführung der Verhältniswahl. In diesem Sinne muß jeder Bürgerliche bei der Eingemeindungsfrage handeln — aber Herr g. macht uns auf diese ganz selbstverständlichen Forderungen einen Vorwurf. — Man sieht daran, wie wenig Herr g. berufen ist, über Kommunalangelegenheiten zu urteilen!

Daß wir bei Einführung der Verhältniswahl das gebundene Rüstsystem befürworten, ist unser gutes Recht, und im Ortsausschuss stimmten auch die Bürgerlichen für das gebundene System. Es schließt das Rüstsystem aus, Herr g., wir verziehen daher Ihren Schmerz!

Und nun noch eins: Wenn Sie den Mut haben, Herr g., offen zu kämpfen, wir werden Ihnen in den öffentlichen Versammlungen volle Redefreiheit gewähren, da können Sie dann beweisen, wo die Sozialdemokratie sich Kleinherlichkeit und schändlicher Knusperlei schuldig gemacht hat. Freilich darf die Beweisführung nicht mit leeren Redensarten geschehen.

Doch zum Schluß noch ein Wort: Die Bürgerlichen 1907 noch die Mehrheit hatten und die Sozialdemokraten den Antrag auf Einführung der Verhältniswahl stellen, pfliffen die Bürgerlichen auf die Einführung zur Wahl zu 1909. Damals war also, die Einführung der Verhältniswahl für die Bürgerlichen eine Nachfrage. Nun die Sozialdemokratie die Mehrheit hat, ist sie ihr Versprechen auf Einführung der Verhältniswahl ein. Die Verhältniswahl mit gebundenem Rüstsystem schafft klare Verhältnisse. Man muß sich wundern, daß das Ministerium die Genehmigung hinausgeschleppt, statt die kommende Wahl schon auf Grund der Verhältniswahl aussetzen zu lassen. Der Sozialdemokratie soll es recht sein, wenn auf Grund des bestehenden Wahlmodus der Kampf ausgefochten werden soll. Wir wissen, das Beste im Interesse der Allgemeinheit getan zu haben in der kurzen Zeit unserer Tätigkeit und können getrost unsere Mandate den Wählern zur Verfügung stellen.“

Delmenhorst, 2. November.

Auf den Vortragsabend des Bildungsausschusses am Freitag den 3. d. M. über „Wert und Mehrwert“ im Odenburger Hof sind wir nochmals aufgetaucht. Der Vortrag begann präzis 8 Uhr abends. Vortragender ist Genosse Vauflötter-Hamburg. Es wäre zu wünschen, wenn eine große Zahl Parteigenossen als Hörer erscheinen würden.

Küchlings aus dem Zuge gefallen ist eine hübsche junge Dame am Dienstagabend kurz vor der Station Huchting als sie mit dem letzten Personenzug vom Bremer Freimarkt nach hier fahren wollte. Wie dieser Vorfall möglich war, wird die eingehende Untersuchung ergeben. Glücklicherweise ist die Dame mit leichten Hautabrisuren und dem Schrecken davon gekommen.

Hasbergen, 2. November.

Achtung, Gemeindevorsteher! Die Liste der wahlberechtigten Gemeindeglieder für die im November d. J. vorzunehmende Neuwahl der Hälfte der Mitglieder des Gemeinderats und eines Ergänzungsmitgliedes desselben liegt vom 30. Oktober 1911 an auf 14 Tage in dem Geschäftszimmer des Gemeindevorstehers zur Einsicht aus. Reklamationen gegen die Richtigkeit derselben sind während der Auslegezeit schriftlich oder in den Vormittagsstunden von 8 bis 10 Uhr mündlich zu Protokoll zu geben. Die Wahl findet am Donnerstag, den 30. November 1911, nachmittags von 2 bis 6 Uhr, in Schierenbeck's Wirtshaus zu Heidkrug statt.

Altenesch, 2. November.

Ein Opfer der Fluten wurde am Dienstag morgen die 19jährige Tochter der Eheleute Freese, die beim Weissholen in die Dichtung fiel, von der starken Strömung fortgetrieben wurde und ertrank. Die Leiche der Verunglückten wurde nach längerem Suchen geborgen. Diese Unglücksfälle wiederholen sich jährlich, ohne das bis jetzt besonders geschützte Wasserlochpflücken geschaffen wurden.

Nordenham, 2. November.

Achtung, Bauarbeiter! Am Freitag, den 3. November, sofort nach Feierabend, findet im Lokale des Herrn Rohbers eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Der Kollege Karl Hildebrand-Bremen wird über die wirtschaftliche Lage der Berufskollegen, die Aufgaben der Gewerkschaften und ihre in Aussicht gestellte Anbahnung referieren. Kollegen, auf wirtschaftlichem Gebiete beutet man euch aus! Auf gewerkschaftlichem Gebiete verliert man euch zu furcheln! Kann dieses ein Arbeiter still gefallen lassen? Nein, und abermals nein! Darum auf zur Versammlung!

Der dritte Vortragsabend über „Wert und Mehrwert“, Vortragender Genosse Vauflötter aus Hamburg, findet am Sonnabend, den 4. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rohbers statt. Es wird an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen und sollte es ferner verkommen, an diesem letzten Vortrage teilzunehmen.

Ortskonferenz. Die Hebung der Beiträge zur Ortskonferenz für den Amtsbezirk Bajadring findet vom 8. bis 10. November statt.

Wlexen, 2. November.

Gemeinderatsitzung. Zur Verhandlung kamen folgende Gegenstände: 1. Vergebung des Neubaus einer katholischen Schule zu Wlexen a. M. Eingegangen waren 11 Offerten. Der Vorschlag lag an Baukosten 28 000 M. Die Differenz

zwischen Höchst- und Niedrigforderungen war ein Minimum die Niedrigforderung betrug 23 440 M., die Höchstforderung 24 429 M. Die Offerten waren von der Baukommission bereits geprüft. Die Beratung über die Vergabe der Arbeiten fand aus besonderen Gründen in nächster Sitzung statt. Roh-Einsparungen erhielt die Erb- und Bauarbeiten für 12 300,35 M., die Dachdeckerarbeiten für 1200,00 M., die Klempnerarbeiten für 415,30 M., und die Maler- und Glaserarbeiten für 908,32 M.; Herdfeuern & Herd belamen die Eisenlieferung für 1303,50 M., die Zimmerarbeiten für 4283,19 M. und die Mauerwerk-Lieferung an-Regung für 485,55 M. Mit dem Bau soll erst begonnen werden, wenn die Genehmigung des fach. Oberbauführers eingelaufen ist. — 2. Aufhebung eines Genossenschaftsvertrages. Der Weg in Wlexenlande, der von der Chausseebiegung bei Kolonie nach Wlexens Haus führt, soll die Gemeinde übernehmen. Dieser Antrag wurde in erster Lesung angenommen. Mit den Anliegern soll verhandelt werden. — 3. Die Beibehaltung zur Einsparung der Dächstraße wurde genehmigt. — 4. Mit der Umlegung des Güterweges am Schulweg wurde der Arbeiter W. Müller beauftragt. Er erhält 1 Pfennig pro laufenden Meter. — 5. Gegen die Verlegung zum Chausseebau am Einsparweg Deich haben die Anlieger Morisse und Bitter Einspruch erhoben. Der Einspruch Morisses wurde abgelehnt, Bitter erhält 30 M. Entschädigung für Höherliegen der Zufuhwanderung. — 6. Auf seinen Garten in diesem Jahre noch nicht demnig konnte wurde der Lehrer der Schule zu Wlexenlande mit 60 M. entschädigt. — 7. Zum Hauswart der Schule in Wlexen wurde Julius Teder-Schweserwarden und zum Hauswart der Schule in Einswarden A. Meinen gewählt. Der Vertrag soll am 1. Mai 1912 erfolgen. — 8. Für eine Festlegung ausstellung in Einswarden wurde dem Gefäßgelde-Betrag 20 Mark bewilligt.

Nus aller Welt.

Hängig Arbeiter verhaftet. In Rosenburg (Frankr.) kürzte am Dienstag nachmittags um 4 Uhr ein im Bau begriffene Maßfabrik zusammen. 50 am Bau beschäftigte Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Bis zum Abend konnte die Zahl der Toten und Verletzten noch nicht festgestellt werden. Gleich nach Bekanntwerden des Unglücks ging eine Abteilung Infanterie aus Leipzig an die Unfallstelle ab, um sich an den Rettungsgedem zu beteiligen.

Versammlungs-Kalender.

- Sonnabend den 4. November.
Brate.
Arbeiter-Gesangverein. Bei E. Janßen.
Barel.
Deutscher Bauarbeiterverband. Abends 8 1/2 Uhr bei Wilm.
Tabakarbeiter-Verband. Abends 9 Uhr bei Hof.
Umm.
Tachdecker-Verband. Abends 8 1/2 Uhr im Hof von Odenburg.
Jever.
Vollverein Wlach auf. Abends 8 1/2 Uhr in der Traube.
Kecum.
Arb.-Kad.-Verein. Abends 8 1/2 Uhr bei S. Eggen.
Korden.
Arb.-Kad.-Verein. Abends 8 Uhr bei Wöller in Wld.
Bolsarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr bei Dittich in Wld.

Schiffahrts-Nachrichten.

- 2001 1. November.
Telegramme des Norddeutschen Lloyd.
Vold. Kaden, nach Wollstein, heute in Wollstein an.
Spold. Anselmus, von Ostfriesen, heute von Neapel ab.
Schneid. Rail. 2011 II., nach der Weiler, heute von Neapel ab.
Vold. Kaden, nach Ostfriesen, heute von Ostfriesen abgegangen.
Schneid. Kropf. 2011., nach Neapel, heute in Neapel an.
Vold. Prinz Heinrich, nach Ostfriesen, heute von Neapel ab.

Telegramm

Die Perizigung zur Internationalen
Fgginn. Aufstellung in Seebad für
dar wongen ihrer Anwesenheit
Fgginnistgen. Zuweisung von
Zigarrollaufabrik „Mundin“ in Seebad
Marin. „Talam Alabium“
Dan
Hgl. Vörs. Tharabgenis
(Gesetz Anweisung)
Zinnbaum.
Zinnbaum.
Zinnbaum.
Zinnbaum.
Zinnbaum.
Zinnbaum.
Zinnbaum.
Zinnbaum.
Zinnbaum.
Zinnbaum.

SALEM ALEIKUM
SALEM GOLD
(Goldmundstück-Cigarette)
Für Feinschmecker!
Nº 3 1/2 4 5 6 8 10
3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stk.



★ Feuilleton. ★

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(Schluß) (Nachdruck verboten.)

Schließlich gelangte er in sein Stater und begab sich, nachdem er die respektvolle Begrüßung des Herrn Rumpfe erwidert hatte, nach seinem Privatstimmer, und feierte dort seine Blüthe zur Arbeit damit, daß er sofort mit seinem Zellhaber eine beträchtliche Salärerhöhung für dieses mühsame Individuum vereinbarte.

„Wein Schiffe anst mich,“ meinte er, als er seinen gut aufhing und sich mit großer Freude im Zimmer umblies. „Kompe ist glücklich genug,“ sagte Thiechen. „Es ist ja Weite, was ihm gefehlen konnte.“

„Ich möchte heute jedermanns Solär erhöhen,“ erklärte Herr Rumpfe wohlwollend und setzte sich an sein Pult. „Sie ist alles wie ein Feiertag, nachdem ich in diesem Schlafstimmer eingeperrt gewesen bin. Aber die Ruhe soll mir sehr gut getan haben — sagt wenigstens Weiberg, und nun, was hat sich mit Ihnen ereignet?“

Thiechen schüttelte den Kopf. „Schmidens Sie das Eisen, solange es warm ist,“ rief ihm der Schiffsmesser. „Gehen Sie hin und besuchen Sie Kapitän Schümann, bevor er sich an die Situation begibt hat. Und Sie können ihm, wenn Sie wollen, zu verstehen geben — nur seien Sie vorsichtig, wenn Sie es tun — doch ich etwas in Aussicht habe, was für seinen Sohn passen könnte. Wenn Sie noch allein, was ich für Sie getan habe, in dieser Sache einen Mißerfolg haben, dann werde ich selber als Bewerber in die Schranken treten.“

Der Rat war gut, aber unnützig; denn Herr Thiechen hatte bereits diesen Abend als passende Gelegenheit dafür bestimmt, dem Kapitän die Natur der Bemühungen zu erklären, die er zu seinem Besten gemacht hatte. Der Erfolg, den er zu verzeichnen hatte, versetzte ihn in eine hochgehende und optimistische Stimmung, und er begab sich mit dem vertrauensvollen Gefühl nach der Villa, daß er, um das mindeste zu sagen, dort festere Fuß gefaßt habe.

Kapitän Schümann, der von seiner Gartenarbeit abgerufen wurde, begrüßte seinen Besucher in der gewöhnlichen kurzen Art und Weise, als er in das Zimmer trat. „Wenn Sie gekommen sind, um mir von dieser Heirat zu erzählen, so kann ich Ihnen nur sagen, daß ich schon davon gehört habe,“ empfing er ihn kurz. „Sensie hat es mir heute Nachmittag erzählt.“

„Aber ich glaube nicht, daß er Ihnen erzählt hat, wie sie zustande gekommen ist,“ fragte Thiechen. Der Kapitän schüttelte den Kopf. „Ich habe ihn nicht danach gefragt,“ bekannte er mit gekünstelter Gleichgültigkeit und sah zum Fenster hinaus, als Thiechen seine Erzählung begann. Drei- oder dreimal glaubte dieser, Zeichen der Anerkennung im Gesicht seines Zuhörers zu entdecken, aber der Mund unter dem dichten Schnurrbart blieb geschlossen, die Augen blieben kühl. Erst als er Äußerungen überredung mit Nathan Schmidt und Wöfel berichtete, verloren die Gesichtszüge des Kapitäns ihre Spannung. Er ließ einen sicheren Husten hören, suchte nach seinem Taschentuch und schob sich bestig die Nase. Dann wandte er sich mit einem sonderbaren Glänzen in seinen Augen zu dem jungen Mann ihm gegenüber.

„Zehr schmeißt,“ sagte er kurz. „Es glückte,“ erwiderte der andere beiseiden. „Zehr,“ befähigte der Kapitän, stand auf und stellte sich vor ihm hin. „Natürlich bin ich Ihnen sehr dankbar für die Mühe, der Sie sich in meinen Familienangelegenheiten unterzogen haben. Und nun möchte ich Sie an unser Wiederkommen erinnern.“

„Wiederkommen?“ wiederholte der andere. Der Kapitän nickte. „Ihre Besuche bei mir sollten aufhören, nachdem diese Heirat geschlossen war, wenn ich es wünschte,“ sagte er langsam.

„Das war die Abmachung,“ äußerte Thiechen verblüfft, aber ich hatte gehofft — außerdem hat sich das alles viel eher abgewickelt, als ich angenommen hatte.“

„Wedenfalls war es vereinbart,“ erwiderte der Kapitän heil. „Und jetzt will ich Ihnen Bedenken sagen.“

„Es tut mir leid, daß Ihnen meine Gegenwart so zuwider gewesen ist,“ meinte Thiechen gekränkt. „Zu wider, Herr!“ sagte der Kapitän streng. „Sie haben sich mir seit geraumer Zeit zweimal pro Woche aufgedrängt. Sie haben darauf bestanden, über alles zu reden, was es unter der Sonne gibt, ganz gleich, ob es mir passte oder nicht. Sie haben jede Gelegenheit benützt, meinem Wunsch, ich Sie meine Tochter nicht sehen sollten, zu umgehen, und Sie wundern sich noch, daß ich nichts von Ihnen wissen will. Da bezug auf absolute Unverträglichkeit schlagen Sie alles aus dem Felde, was mir bisher begegnet ist.“

„Es tut mir leid,“ sagte Thiechen von neuem. „Guten Abend,“ schloß der Kapitän. „Guten Abend,“

Niedergerollt und zornig ging Thiechen zur Tür, blieb aber mit der Hand auf der Klinke stehen, da der Kapitän wieder zu sprechen begann.

„Roch ein Wort,“ sagte derselbe und sah ihn seltsam an, während er seinen grauen Bart rührte. „Sollten Sie jemals wieder hierher kommen, um mich mit Ihrem Geschwätz zu belästigen, so werde ich Ihnen das Haus verbieten.“

„Das Haus verbieten?“ wiederholte Thiechen bestrebt. „So sagte ich,“ antwortete der andere, „das ist doch wohl klar und deutlich, nicht wahr?“

Thiechen sah ihn voller Bestürzung an; dann, als ihm der Sinn der Worte aufdämmerte, schritt er impulsiv auf ihn zu, ergriff seine Hand und begann, zusammenhängende Dankesworte zu stammeln.

„Sie täten besser, zu verdunsten, bevor ich meine Meinung äußere,“ sagte Kapitän Schümann raub. „Ich habe mehr als genug von Ihnen. Versuchen Sie es mit dem Garten, wenn Sie wollen!“

Er nahm eine Zeitung vom Tisch auf, setzte sich wieder hin und lächelte über die Geldwindigkeit, mit welcher der andere seinen Instruktionen gehorchte.

Fräulein Schümann, die am hinteren Ende des Gartens in einem Teufelsbühl hingestreckt lag, sah auf, als sie seinen Schritt auf dem Kies hörte. Es war eine Ueberredung, ihn den Garten herabkommen zu sehen, noch überreicher war aber der Glanz seiner Augen und die allgemeine Zuvorsichtlichkeit in seiner Haltung. Augencheinlich war er sehr mit sich selbst zufrieden, und sie ruhte nicht, bis sie den Grund herausbekommen hatte. Dann sah sie schweigend da und dachte über die plumpe Offenberzigkeit des männlichen Geschlechts im allgemeinen und der Väter im besonderen nach. Eine kurze Unterhaltung mit dem Kapitän, in der sie beiläufig ein Wort zu Thiechens Gunsten geäußert hatte bekam plötzlich neue Bedeutung.

„Ich werde niemals instande sein, Ihrem Vater seine große Güte zu vergelten,“ sprach Thiechen bedeutungsvoll und nahm sich einen Stuhl neben ihr.

„Ich denke, daß er sich über diese Heirat gefreut haben wird,“ antwortete Fräulein Schümann kühl. „Wie kam sie eigentlich zustande?“

Der Thiechen rückte unbedinglich auf seinem Stuhl. „Da ist nicht viel zu erzählen,“ sagte er widerstrebend, „und Sie — Sie könnten vielleicht auch die Mittel nicht billigen, wodurch dieses Resultat erreicht worden ist.“

„Ich möchte es aber doch gern hören,“ bestand Fräulein Schümann.

Thiechen erzählte also zum zweitenmal an diesem Abend seine Geschichte. Jedemal, wenn er darüber sprach, erschien sie ihm schimpflicher. Anzüglich prüfte er, während er fortfuhr zu berichten, das Gesicht des jungen Mädchens; aber wie ihr Vater sah sie still da und machte keine Bemerkungen, bis er fertig war. Dann gab sie einem starken Gefühl der Dankbarkeit Ausdruck, daß die Familie Schümann nichts damit zu tun gehabt habe.

„Warum?“ fragte Thiechen kurz. „Ich glaube nicht, daß es eine sehr schöne Sache war,“ meinte Fräulein Schümann mit überlegener Miene.

„Es würde für Sie ebenfalls keine sehr schöne Sache gewesen sein, wenn Ihr Bruder Fräulein Käbel geheiratet hätte,“ antwortete Ernst entrüstet. „Und Sie werden sich erinnern, daß Sie sagten, Sie würden sich nicht darum kümmern, was ich täte.“

„Das tue ich auch nicht,“ befähigte Fräulein Schümann und bemerkte mit großem Vergnügen, daß die vertrauensvolle Miene von vornhin völlig verschwunden war.

„Sie glauben also, daß ich mich schlecht benommen habe?“ fuhr Thiechen fort.

„Ich will lieber nicht sagen, was ich glaube,“ erwiderte Fräulein Schümann höflich. „Ich zweifle nicht, daß Sie es gut gemeint haben, und ich würde bedauern, Ihre Gefühle zu verletzen.“

„Danke,“ sagte Thiechen und blickte düster um sich. Eine Zeitlang sprach keiner von beiden.

„Wo ist Max jetzt?“ fragte endlich das junge Mädchen. „Er bleibt einige Tage bei mir,“ entgegnete Thiechen.

„Ich hoffe aufrichtig, daß meine Gesellschaft nicht von schädlichem Einfluß auf ihn sein wird.“

„Versuchen Sie etwo, groß mit mir zu sein?“ fragte Fräulein Schümann und hob die Augen zu ihm auf. „Verzeihen Sie,“ erwiderte Thiechen höflich. „Natürlich haben Sie ganz recht. Es war kein sehr schönes Stück, aber ich möchte tausendmal schlimmeres tun, um Ihnen einen Gefallen zu tun.“

Fräulein Schümann dankte ihm warm, sie sagte, das könne sie sehr wohl verstehen.

„Ich meine,“ sagte Thiechen, lehnte sich in seinem Stuhl vor und sprach mit einem solchen Feuer, daß das junge Mädchen unwillkürlich seinen Kopf abwandte, „ich meine, daß Ihnen einen Gefallen zu tun für mich das größte Glück sein würde, das ich kenne. Ich liebe Sie!“

Fräulein Schümann sah ganz still, und ein kaltes

Gefühl von der ungeheuren Unschicklichkeit eines so plötzlichen Angriffs beherrschte sie. Sie fühlte, eine solche Erklärung hätte durch zohreiche, garke Steigerungen der Rede eingeleitet werden müssen, deren jede etwas gewohnter gewesen wäre, als die vorangegangene, deren keine aber so verwegen gewesen wäre, als daß sie nicht jeberzeit durch Anwendung einiger Strenge hätte abgewehrt werden können.

„Wenn Sie etwas tun wollen, um mir einen Gefallen zu tun,“ sagte sie schließlich mit leiser Stimme und ohne ihren Kopf zu wenden, „würden Sie mir schon versprechen, niemals wieder zu versuchen, mich zu sprechen oder zu besuchen, wenn ich Sie darum bäte?“

„Nein,“ erwiderte Thiechen prompt. Wieder sah Fräulein Schümann still da. Sie wußte, daß eine gute Frau einen Mann in solcher Verfassung bedauern und versuchen sollte, seine Gefühle zu schonen, indem sie ihre Beigerung soviel als möglich abschwächte, auch wenn er solche Rücksicht wenig verdiente. Aber Männer sind ungeduldig und sprunghaft in ihren Schlußfolgerungen. Bevor sie den ersten Satz auch nur zur Hälfte gesprochen hatte, lehnte er sich vor und nahm ihre Hand.

„Guten Abend,“ sagte sie und wandte sich ihm mit freundlichem Lächeln zu.

„Ich gebe aber nicht,“ erwiderte Thiechen ruhig; „ich gebe überhaupt niemals,“ fügte er hinzu und nahm auch ihre andere Hand. — — —

Als Kapitän Schümann, um sein Abendbrot besorgt, zwei Stunden später in den Garten kam, waren sie noch immer in der Debatte über die Angelegenheit. Häufig Schümann, welche das Erscheinen ihres natürlichen Beschützers erleichterte, umschlang ihn mit ungewöhnlicher Wärme. Dann schob sie in liebenswürdig gefälliger Art ihren andern Arm unter Thiechens und so schritten sie in erstem Schweigen dem Hause zu.

Kleines Feuilleton.

Der französische Ursprung des Nibelungenliedes.

Es ist längst bekannt, daß die sogenannte höfische deutsche Literatur auf französische Vorbilder zurückgeht. Vor zwei Jahren hat nun Gustav Brockstedt nachgewiesen, daß auch das größte deutsche Volksepos des Mittelalters, das Nibelungenlied, französischen Ursprungs ist. Für die Klassen-Veisthiler keine geringe Enttäuschung, daß gerade die urgermanischste, die teutheste aller Dichtungen — erbeindliches, wälfisches Gemächs ist. So erklärt sich auch die Eigenartlichkeit, auf die der herorraagende französische Literatorkritiker Gaston Paris, hingewiesen hat, daß ein Epos, das von Untergang deutscher Helden handelt, den Begriff Deutsch und Deutschland nicht kennt. Niemand ersehen diese Gestalten irgendwo verkörpert mit einem deutschen Volke, dem ihre Liebe und Sehnsucht gehdrt.

Inzwischen haben sich nun auch die meisten anderen mittelhochdeutschen Volksdichtungen als — Uebersetzungen aus dem französischen nachweisen lassen, was übrigens schon 1851 Jakob Grimm gesagt hat. In einer neueren Schrift (Von mittelhochdeutschen Volksepen französischen Ursprungs) weist Brockstedt die französische Herkunft für Biterolf, die Wielanddichtung, den Wolfsteierich, für Dietrich und Gudrun nach. In der „Germanisch-Romanischen Monatschrift“ sagt Brockstedt das Ergebnis wie folgt zusammen: „Die mittelhochdeutsche sogenannte Volksepi ist gleich ihren vornehmen Schwestern der höfischen Epik und der höchsten Epik französischen Ursprungs; im zwölften und dreizehnten Jahrhundert lag auf literarischem Gebiet wie auf fast allen übrigen Gebieten der Kunst und des Lebens die Initiative bei den Franzosen, und die Deutschen haben sich nicht anders wie die übrigen Nationen Europas der französischen Vortrefflichkeit willig und bewundernd gefügt. Diese Tatsache mag manchem schmerzlich sein. Nichtsofortweniger muß sie, einmal erkannt, eingestanden werden.“

So jecrinnen die deutsch-nationalen Legenden, und bald werden wir nun den Nachweis sehen, wie unendlich-lästerhaft die mittelalterliche deutsche Ausländerer sei, die mit den wälfischen Erzeugnissen einer verdorbenen Phantasie, wie den Nibelungen, die sittliche Reinheit des Germanentums verjucht habe.

Eine Luftpost.

Südastafien wird voraussichtlich in kurzer Zeit die erste regelmäßige Luftpost besitzen, die praktischen Zwecken dienen soll. Die Verbindung zwischen den beiden größten Handelsplätzen, zwischen Kapstadt und Johannesburg, ist außerordentlich schwerfällig, die Personenzüge, die die Post befördern, brauchen nicht weniger als 48 Stunden, um die rund 1600 Kilometer lange Entfernunz zurückzulegen. Jetzt will man den Versuch unternehmen, zwischen Kapstadt und Johannesburg einen regelmäßigen Fliegerdienst für Briefe/Bedienung einzurichten.

Otto Beckers

großer Räumungs-Verkauf wegen Umbau resp. Geschäftsvergrößerung ist streng reell und bietet jedem Kunden große Vorteile beim Einkauf.



